Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 38 (1946)

Heft: 10

Artikel: Verantwortungen gegenüber Deutschland

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353258

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verantwortungen gegenüber Deutschland

Von E. F. Rimensberger.

«Es gibt wirklich zuweilen auch solche Anfälle, welche über den Menschen kommen oder über ganze Völker, in welchen der Mensch zum Mörder, zum Dieb, zum Verbrecher wird fast plötzlich, und es bleibt sein Leben lang, in welchen ganze Völker wie wahnsinnig werden, wie mit einem allgemeinen Rausch behaftet, das Greulichste vollbringen, ihr eigen Glück begraben auf Jahrzehnte und Jahrhunderte.»

Jeremias Gotthelf.

I. Weltgeschichtliche Hintergründe.

Nach der Rede von Staatssekretär Byrnes in Stuttgart sind wir nun glücklich so weit, dass man nicht mehr geradezu als Werwolf betrachtet wird, wenn man ohne Hysterie über die deutsche Frage redet und das wiederholt, was man mit äusserst kühler Sachlichkeit schon vor mehr als einem Jahr gesagt hat: Es gibt Verantwortungen gegenüber Deutschland, und zwar schon deshalb, weil es vor allem auch Verantwortungen gegenüber uns selber, gegenüber Europa sind.

Soll man, trotzdem es so weit ist, noch einmal auf die früheren Zeiten zurückkommen, auf jene Zeiten vor dem Kriegsende und unmittelbar nachher, wo Leute, die heute sehr schweigsam geworden sind, nichts mehr und nichts weniger als die ewige Unterjochung Deutschlands, seine völlige Aufteilung und wenn möglich sogar seine Ausrottung verlangten?

Wir wollen diesen Leuten, die von den Regeln der Weltgeschichte nichts wissen oder nichts wissen wollen, die genau den gleichen Denkfehler wie die Nazis machten und zu Ausradierfanatikern von der andern Seite wurden, nicht zu nahe treten. Aber man soll vielleicht noch einmal auf die besagten Zeiten zurückkommen, um auf einige Ausnahmen von dieser simplistischen Philosophie hinzuweisen.

Während wir Schweizer, für die sich die Zerstörungswut und die Blutrünstigkeit der « bösen Bestie » im Norden zu einem grossen Teil geradezu als Arbeitsbeschaffung und dicken Verdienst auswirkte, in hohen Tönen über diese Bestie zu Gericht sassen, hat es Leute gegeben, die den Kopf im Rachen dieser Bestie stecken hatten und trotzdem jene Haltung nicht verloren, die einen Humanisten und Wahrheitsforscher kennzeichnen.

Wir denken zum Beispiel an einen der Grössten und Tapfersten des Widerstandes, an den ebenso sachlichen wie weisen holländischen Geschichtsphilosophen J. Huizinga, der in mancher Hinsicht die Linie von Jacob Burckhardt fortgesetzt hat: die Linie der äussern und innern Ueberlegenheit gegenüber jeglichem

Weltgeschehen. Während Huizinga, der kaum mehr gehen und sehen konnte, jeden Augenblick den Griff des grossen Widersachers erwarten musste, hat er in seinem uns als letztes Vermächtnis geschriebenen Buch «Gepeinigte Welt» die Welt als Ganzes betrachtet. Er ist mit unserer ganzen «Kultur» und «Zivilisation» ins Gericht gegangen und hat — mitten im Krieg! — jenen «Hitler in uns selbst» aufgedeckt, der später auch Max Picard beschäftigt und ihn zur Erkenntnis veranlasst hat, dass der Nationalsozialismus das unvermeidliche Produkt der materiellen und geistigen Kultur unserer Zeit ist.

Ueberlegen und mit dem Weitblick jener, die, weil sie vieles wissen, nie zu «absoluten» Anklägern werden, hat Huizinga unter anderem auf jenen «unglücklichen Zufall» hingewiesen, der ausgerechnet dem deutschen Königreich in der Mitte des zehnten Jahrhunderts den Kaisertitel in die Hand spielte, den Karl der Grosse aus der kirchlichen Tradition aufgefischt hatte. Dieser Kaisertitel samt dem weitern Zufall, dass das deutsche Reich weder in den Saliern noch in den Hohenstaufen irgendwelche bedeutende Herrscher hervorbrachte, fügten sich, so sagt Huizinga, zu dem natürlichen Pech, dass Deutschland nach verschiedenen Seiten keine natürlichen Grenzen hatte und so dauernd in Versuchung geriet, in die Weite zu greifen, anstatt ein durchorganisiertes und glückliches Ganzes zu bilden. «Die Verbreitung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur hat den Lebensstandard in diesen Ländern (Baltikum, Böhmen, Siebenbürgen, usw. der Verf.) ansehnlich erhöht, sie verschärfte aber auch das Deutschland eigene Uebel der unzulänglichen Begrenzung.» Während der Hohenstaufe Kaiser Friedrich II. in Italien sass und mehr Sizilianer als Deutscher war, setzte in Deutschland jene Entwicklung ein, die schliesslich zur Bildung der zirka 25 Kleinstaaten führte und welche nun ihrerseits wieder im Rahmen der Masslosigkeiten, die das deutsche staatliche Zusammensein immer wieder erfassten, jene Minderwertigkeitsgefühle erzeugte, die schliesslich unter geschickter Ausnützung durch Preussen ins andere Extrem überschlugen und uns all das bescherten, was nun hoffentlich samt dem Nationalsozialismus auf immer der Vergangenheit angehört. «Eine sinnvollere und gesündere Gestaltung des lateinischen Westens», so sagt Huizinga in einer Schlussfolgerung, die ebenso neu wie einleuchtend anmutet, «wäre vielleicht eingetreten, wenn sich noch im Mittelalter neben einem kräftigen Frankreich, England und Spanien auch ein starkes Deutschland hätte bilden können an Stelle jenes staatswissenschaftlichen Monstrums, das das Heilige Römische Reich Deutscher Nation hiess.»

Diese Erkenntnis mitten im Kriege und kurz vor dem Tode des grossen Geschichtsphilosophen mutet wie eine grosse Vision an. Sie konnte am Ende des Krieges, als die Grossmächte Deutschland besetzten und die Propaganda für die völlige Unterjochung und Zerstückelung Deutschlands einsetzte, als grosse Warnung eines grossen Geistes gelten.

Wenn wir von den Zeiten sehr simplistischer Einstellungen gegenüber Deutschland unmittelbar nach Schluss des Krieges reden, so sind es auch die Zeiten, wo ein Jef Last, Spanienkämpfer und Führer der holländischen Widerstandsbewegung, zum erstenmal in die Schweiz kam und laut Dinge sagte, die wir nur flüstern durften. Er war sich, wie wir, klar, dass kein Augenblick verloren gehen durfte, falls Europa nicht in Gefahr kommen sollte. Er wusste, dass zu diesem Europa auch Deutschland gehört.

« Es gibt », so sagte Jef Last ebenso offen wie bestimmt, « nur zwei Möglichkeiten: entweder müssen wir jene, die gefehlt haben — es sind, ohne dass wir das Mass der Schuld genau feststellen können, viele Millionen — mit ihren eigenen Waffen richten. Wir müssen sie ohne grosses Federlesen so vernichten, wie sie andere vernichtet haben. Das können wir nicht, ohne selber Nazis zu werden. Vernichten wir sie aber nicht, so müssen wir sie wieder in die Gesellschaft einreihen, und zwar womöglich so, dass sie einesteils nicht mehr schaden und anderseits den Beweis nützlicher Staatsbürgerschaft erbringen können, womit nicht gesagt ist, dass nicht jene kleinen und grossen Rädelsführer schnell, sofort und scharf abgeurteilt werden müssen, die die grössten Verantwortungen tragen. » In welchem Sinne und wie spät dies gemacht worden ist, zeigt nun das Nürnberger Urteil. Schon das Kriterium der vier Anklagepunkte kann zu allerlei Bedenken Anlass geben. Wenn Leute verurteilt werden müssen, die sich des Verbrechens der « Verschwörung gegen den Frieden » und der « Vorbereitung zu einem Angriffskrieg in Verletzung von Verträgen und Abkommen » schuldig machen, so würde sich das Nürnberger Gericht in Permanenz erklären und heute schon neue « Kriegsverbrecher » und « Kriegshetzer » verurteilen können, die wiederum nicht nur deutscher Herkunft sind (abgesehen davon, dass die Abrüstungskonferenz von 1932/33 eindeutig gezeigt hat, dass man in der heutigen Gesellschaftsordnung Vorbereitungen zu Angriffs- und Verteidigungskriegen faktisch gar nicht auseinanderhalten kann). Wenn Leute wie Schacht, von Papen und Fritsche freigesprochen werden, so werden die schlimmsten der Spitzbuben freigesprochen. Während die richtigen Nazis wenigstens für ihre Sache aufkamen, sind diese Herren reine Konjunkturritter gewesen. Dass sie unter dem gutbürgerlichen Deckmantel des Biedermannes auftraten und wirkten, hat in allererster Linie zur nazistischen Verseuchung Deutschlands beigetragen und viele an

sich unschuldige Naive auf den falschen Weg gebracht und ins Verderben geführt. Solche Leute sind es somit vor allem gewesen, die das deutsche Volk, soweit es vielleicht noch Hemmungen gehabt hat, den Nazis in die Hände gespielt und ihnen jenen Auftrieb und jene Mehrheit gebracht haben, ohne die der Nationalsozialismus vielleicht gar nicht durchgedrungen wäre. Wenn sie auch rein juristisch vielleicht richtig sein mag, so muss die Freisprechung dieser drei Oberintriganten nicht nur menschlich und psychologisch als falsch, sondern vor allem auch als eine neue Gefahr für die Menschheit betrachtet werden. Was den dritten und vierten Punkt der Anklage betrifft, das heisst die « Kriegsverbrechen, die im Widerspruch zur Haager und Genfer Konvention stehen » und die « Verbrechen gegen die Menschheit », so muss zunächst gesagt werden, dass das bestehende Völkerrecht Delikte gestattet, die ohne Zweifel ins Kapitel der Kriegsverbrechen gehören. Wenn der Nürnberger Prozess nicht zu einer viel schärferen Kodifizierung der Kriegsverbrechen führt, so hat er sowieso seinen Zweck verfehlt. Was nun gar die « Verbrechen gegen die Menschheit » betrifft, so stehen wir heute mitten in neuen derartigen Verbrechen. Oder sind etwa die Versuche mit der Atombombe und alles, was damit zusammenhängt, samt ihrer Herstellung, nicht Verbrechen gegen die Menschheit?!

Stalin hat damals die gleiche Erkenntnis auf die kurze Formel gebracht: « Faschistenhäuptlinge kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat aber bleiben. »

« Das heisst », so sagten wir schon Anfang Juni 1945 im Zusammenhang mit letzterer Feststellung, « dass man sich, ob man will oder nicht, mit Deutschland befassen und dass Deutschland früher oder später wieder in die übrige Welt eingereiht werden muss. Je früher, um so besser, denn Europa bleibt ein Torso, wenn Deutschland nicht dazu gehört oder ausserhalb dieses schwachen Körpers gehalten wird, der in der kommenden Zeit alle seine Glieder bitter nötig haben wird. » Wir führten damals weiter aus: « Das Ziel des Krieges, die Vernichtung Nazi-Deutschlands, ist erreicht, und es gilt nun, dafür zu sorgen, dass Deutschland nicht mit vernichtet, dass ein neues Deutschland geschaffen wird. Im Interesse von Europa, im wohlverstandenen Interesse von uns allen, muss diese Aufgabe europäisch und aufbauend, nicht weltimperialistisch und zerstörend gelöst werden. »

Solche Erkenntnisse wurden damals vom Plan Morgenthau und andern Radiererplänen überschattet. Es war die Zeit, wo der Amerikaner Baruch, der als Ratgeber Wilsons schon im ersten Weltkrieg eine unrühmliche Rolle spielte, Truman und Churchill seinen « Plan » unterbreitete, in dem er offen aussprach, was Morgenthau im grossen andeutete. Er wies ohne Umschweife darauf hin, dass in den nächsten fünf bis sieben Jahren in der ganzen Welt ein un-

erhörter Warenhunger herrschen werde und später kein Abbruch in dieser Nachfrage einzutreten brauche, falls man gegenüber Deutschland und Japan eine « vernünftige und geschickte » Kontrollpolitik treibe. Welches war diese « vernünftige und geschickte » Politik? Nun, so sagte uns Herr Baruch, Deutschland und Japan müssen eben aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet und die beiden Länder müssen verhindert werden, ihre grossen Industrien wieder aufzubauen und ihren früheren Platz auf dem Gebiete des Exports wieder einzunehmen. Der ganzen Sache wurde noch ein soziales Mäntelchen umgehängt, indem das deutsche Wirtschaftspotential als Wirtschaftsdumping bezeichnet wurde und die deutschen sowie japanischen Arbeiter als « unterbezahlt » bezeichnet wurden.

Wenn wir uns auch damals scharf gegen diese Politik aussprachen, die nicht jene der amerikanischen Regierung sein konnte und es, wie nun die Rede von Byrnes zeigt, tatsächlich auch nicht geworden ist, so waren wir uns trotzdem allzeit bewusst, dass die Abrüstung Deutschlands die erste und grösste Aufgabe ist und bleibt. « Wir geben zu », so sagten wir, « dass die Grenzen zwischen friedlicher und militärisch verwendbarer Industrie sehr schwer zu ziehen sind und man deshalb vielleicht einmal eine deutsche Industrie kontrollieren oder vernichten muss, die nicht unbedingt und sichtbar zum Rüstungspotential gerechnet werden kann. Wirtschaft und Kriegswirtschaft sind in einem modernen Staat und angesichts der modernen Kriegführung nahezu identisch. Man darf jedoch diese Tatsache nicht als Vorwand nehmen, um Deutschland an sich zu vernichten. »

II. Frühe Stellungnahme der Gewerkschaften.

Die offizielle Stellungnahme der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Verhaltens gegenüber Deutschland war ebenso frühzeitig wie richtig. Wenn je die Frage aufgeworfen werden muss, ob die Besinnung, wie sie nun in der Rede von Byrnes zum Ausdruck kommt, zu spät erfolgt ist, so brauchen sich die Gewerkschaften und insbesondere die schweizerischen Gewerkschaften keine Vorwürfe zu machen.

Gute Beispiele, von denen allerdings die schweizerischen Gewerkschaften damals noch keine Kenntnis haben konnten, lagen übrigens bereits aus andern Ländern vor. Bei der Behandlung der deutschen Frage ist zum Beispiel dem Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes des Jahres 1943 eine Entschliessung unterbreitet worden, die 1. die deutschen Verbrechen feststellte; 2. verlangte, dass alle Verantwortlichen vor ein alliiertes Gericht gestellt und gemäss ihrer Verantwortung für die begangenen Verbrechen bestraft werden; 3. erklärte, dass die deutsche Regierung diesen Krieg nicht vorbereitet und durchgeführt haben könnte, wenn nicht die grosse

Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihren Kriegszielen gestanden hätte und deshalb das deutsche Volk der Verantwortung für den Beginn dieses Krieges und für alle von den deutschen Armeen begangenen Verbrechen nicht entgehen könne; 4. dass Deutschland auch eine lange Zeit nach dem Krieg besetzt, dass es abgerüstet und neu erzogen werden müsse, und 5. dass in allen besetzten Ländern die volle Freiheit wieder herzustellen sei. Nach kurzer Debatte, an der nur zwei Redner teilnahmen, wurden der dritte und der vierte Punkt mehrheitlich abgelehnt.

Der Kongress des Jahres 1944 hiess die Feststellung betreffend die Verantwortung des deutschen Volkes gut. Es wurde in dem betreffenden Abschnitt zum Ausdruck gebracht, « dass das deutsche Volk nicht von aller Verantwortlichkeit für diese Verbrechen freigesprochen werden könne ». Es ist erstaunlich und es zeugt für das strikte englische Rechtsempfinden, dass über diesen Absatz, der uns ganz selbstverständlich erscheint, überhaupt abgestimmt werden musste. Er ist mit 5 056 000 gegen 1 350 000 Stimmen gutgeheissen worden.

Zur grossen Ehre der britischen Gewerkschaftsbewegung soll gerade heute, wo man endlich — hoffentlich nicht zu spät! — umzulernen beginnt, noch an einige Feststellungen erinnert werden, die damals auf dem britischen Gewerkschaftskongress gemacht wurden: « Sind wir in unserem Lande nicht verantwortlich für die Anleihen, die die Bank von England im Dezember 1934 und später Deutschland gewährt hat? Sind wir nicht verantwortlich für die Garantierung der Bezahlung von Kriegsmaterial, das die britischen Kapitalisten geliefert haben? Wenn die Frage der Verantwortungen der Völker für den Krieg und für den Nazismus gründlich behandelt würde, so würde sich zeigen, dass auch unser Volk grosse Verantwortungen hat. Wir sind zum Beispiel auch verantwortlich für die Politik des britischen Imperialismus während Jahrhunderten. Würde irgendjemand zugestehen, dass die Inder das Recht haben, Grossbritannien zu besetzen wegen der von unseren herrschenden Klassen in Amritsar und anderswo durchgeführten Menschenschlächtereien? » ... « Es gibt nicht gute und schlechte Nationen, hingegen gibt es in allen Nationen gute und schlechte Menschen. » ... « Wir kämpften gegen die wahllose Bestrafung ganzer Länder und gegen die Idee der rassischen Ueberlegenheit. Werden wir nun dieser Idee die Idee der rassischen Minderwertigkeit gegenüberstellen? » ... « Nach unserer Ansicht besteht kein Unterschied zwischen dem Hunnenhass und dem Judenhass. Wollen wir auf das Niveau der Nazis heruntersteigen und Völker als Völker hassen und sie dementsprechend verfolgen? Wir sollten uns eher darum bemühen, die internationale Solidarität zwischen allen gewöhnlichen Sterblichen und die sozialistisch

vereinten Staaten Europas als Schritt zu einer internationalen Weltgemeinschaft zu verwirklichen.»

Auch ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung hat man sich schon damals in England gewissen grundsätzlichen Erkenntnissen nicht verschlossen. So stellte damals der «Economist» fest, dass, wenn im Herzen Europas 70 Millionen Menschen auf eine tiefe Lebenshaltung beschränkt würden, sie weder als Käufer noch als Verkäufer in Betracht kommen könnten: «Die Tatsache, dass die Deutschen zu den diszipliniertesten und geschicktesten Arbeitskräften der Welt gehören, würde bei einer solchen Entwicklung einen gewaltigen wirtschaftlichen Verlust für die ganze Welt bedeuten.»

In Amerika sprach sich damals der Amerikanische Gewerkschaftsbund unter anderem wie folgt aus: «Unsere Botschaft an die deutschen Arbeiter ist im Gegenteil eine Botschaft der Hoffnung. Wir sind entschlossen, sie vom Joch der Nazis zu befreien und ihnen Gelegenheit zu geben, demokratische Lösungen für ihre Probleme der Nachkriegszeit zu finden. Wir fordern Präsident Roosevelt auf, in seinen Konferenzen mit den Vertretern der alliierten Nationen dazu zu sehen, dass dieses grundlegende Prinzip verstanden und von allen eingehalten wird.»

Im Zusammenhang mit der Aufstellung eines Nachkriegsprogramms des Internationalen Gewerkschaftsbundes äusserte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund in ganz ähnlichem Sinne, wobei der Nachdruck insbesondere auf die zunächst liegenden gewerkschaftlichen Aufgaben gelegt wurde. Einer von uns ausgearbeiteten Denkschrift, die am 20. November 1944 an den Internationalen Gewerkschaftsbund gerichtet wurde, entnehmen wir folgende Stellen:

«Wir sind der Ansicht, dass, wenn der Krieg von den Alliierten gewonnen und das totalitäre Regime besiegt ist, wenn es sich ferner nach diesem Krieg darum handelt, in den besiegten Ländern Ordnung und vor allem eine neue demokratische Ordnung zu schaffen, wie sie im Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes als «unabänderlicher Grundsatz» proklamiert wird, den Gewerkschaften, die sich ohne Zweifel — man denke an das Beispiel von Italien und Frankreich! — als erster Kern dieser Ordnung ergeben werden, die weitestgehende Selbständigkeit in bezug auf ihre Errichtung und Verwaltung zuerkannt werden muss, und zwar sobald als irgendwie möglich. Wenn auch eine gewisse Ueberwachung und Hilfe seitens der Besetzungsmacht und ihren Organen nötig sein mag, so muss doch alles vermieden werden, was nach direkter Einmischung und Vertretung aussieht. Leute, denen diese Aufgabe übertragen wurde, würden, gleichviel, wie gut auch ihre Absichten wären, von dem besiegten und deshalb empfindlichen Volk

genau so als Eindringlinge betrachtet werden, wie dies in ähnlichen Fällen in den von Deutschland besetzten Ländern der Fall gewesen ist. Ueberdies kann eine gesunde Gewerkschaftsbewegung nur aus den Betrieben und Berufen des Landes selber herauswachsen, und sie kann nur jene wichtige Rolle erfüllen, die ihr zugedacht ist und ohne die eine wahrhaft demokratische Ordnung in einem Lande überhaupt nicht herzustellen ist, wenn sich die Gewerkschaften selbständig bilden und entwickeln können.

Was im Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes in bezug auf die materiellen Hilfsaktionen gesagt wird, gilt auch in bezug auf jede andere Hilfe und insbesondere hinsichtlich der Wiedererrichtung der Gewerkschaften, deren guter Kern übrigens nicht ganz zerstört sein kann. Auch in dieser Beziehung muss die internationale Gewerkschaftsbewegung überzeugt sein, dass, wenn irgendeine der alliierten Regierungen oder ihre offiziellen Vertreter die leiseste Absicht des politischen Missbrauchs der Hilfsaktionen an den Tag legen würden, sie sofort auf die unnachgiebige Opposition der gewerkschaftlichen Organisationen des betreffenden oder der betreffenden Länder stossen würden.

Es ist im Interesse der ganzen internationalen Gewerkschaftsbewegung, dass angesichts der ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der ersten Nachkriegszeit wenigstens die Arbeiterschaft aller Länder, der siegenden, neutralen und besiegten Staaten, alles tut, um angesichts der Ziele und Aufgaben, die ihr gegeben sind, sofort die grösstmögliche Einigkeit und Zusammenarbeit zu erzielen. Dies ist vor allem auch deshalb wichtig, weil die Demokratie, die nach der Besiegung der Achsenstaaten an die Stelle des Totalitarismus treten will, in kürzester Zeit eine allgemeine und lebensfähige Ordnung und neue Ordnung der Welt zu schaffen hat. Die Demokratie kann diese Bewährungsprobe nur bestehen, wenn sich die Gewerkschaften sofort in allen Ländern im Zusammenwirken aller Länder an die Arbeit machen. Es wäre eine Verleugnung ihrer jahrzehntelangen Wirksamkeit und Erziehungsarbeit, wenn die Gewerkschaften nicht annehmen würden, dass der grösste Teil ihrer früheren Mitglieder in den Achsenländern und insbesondere in Deutschland nicht zu jenen Elementen gehörten und gehören, die mit der Verantwortung für die schlimmsten Sünden des totalitären Regimes und die schlimmsten Kriegsverbrechen belastet sind. »

III. Westliche und östliche Zone in Deutschland.

Im nachfolgenden Artikel von Fritz Tarnow, einem der tüchtigsten deutschen Gewerkschaftsführer aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, wird einiges über die Fehler der Alliierten in der westlichen Besetzungszone gesagt, und es wird vergleichsweise auch über die Verhältnisse im russischen Sektor geredet *. Was den letztern betrifft, so möchten wir — insbesondere nach den scheinbar in grösster Ordnung durchgeführten neuesten Wahlen in diesem Sektor — auch den Russen selber das Wort erteilen.

Die in Moskau erscheinende « Neue Zeit » gibt uns dazu Gelegenheit. Ihre Mitteilungen über die westliche Zone stimmen in mancher Hinsicht mit den Ausführungen Tarnows überein. Natürlich sind sie noch schärfer, was durchaus begreiflich ist, denn die Russen sehen in diesem Falle den « Balken in ihres Bruders Auge ».

Nach der Schilderung der Verhältnisse in der eigenen Zone schreibt Schmeljow in der Zeitschrift « Neue Zeit » (Juni 1946) weiter:

« Anders liegen die Dinge in den Westzonen. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung bleibt dort stark zurück.

In der englischen Zone wurde die Schaffung von Gewerkschaften erst im Oktober 1945, das heisst vier Monate später als in der sowjetischen Zone erlaubt. Ausserdem besteht in der englischen Zone ein sehr umständliches (dreistufiges) System zur Einholung dieser Erlaubnis, was äusserst verschleppend wirkt. Zunächst bestätigt die englische Militärverwaltung die Personen, die das Recht haben, Gewerkschaftsversammlungen einzuberufen, auf denen die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaft popularisiert werden sollen. Um eine Versammlung einzuberufen, muss man acht Tage vorher schriftlich um Erlaubnis ansuchen. In dem Antrag sind Ort, Zeit und Tagesordnung der Versammlung, die Einberufer mit Angabe ihrer Adresse sowie die Thesen der geplanten Reden anzugeben. In diesem Stadium wird nur die provisorische Aufnahme von Gewerkschaftsmitgliedern erlaubt. Für den Uebergang zum zweiten Stadium ist eine besondere Erlaubnis erforderlich, die die Wahl einer vorläufigen Gewerkschaftsleitung, Mitgliederwerbung und Kassierung von Mitgliedsbeiträgen ermöglicht. Erst die Erlaubnis für den Uebergang zum dritten Stadium gibt der Gewerkschaft schliesslich das Recht auf vollständige organisatorische Gliederung und Aufnahme der praktischen Arbeit.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Anfang Februar dieses Jahres, als eine Kommission des Weltgewerkschaftsbundes Deutschland besuchte, in der englischen Zone noch nicht einmal in allen

---

* Ueber die in allerneuester Zeit insbesondere im britischen Sektor eingetretenen erfreulichen Aenderungen siehe die redaktionelle einleitende Bemerkung zum Artikel « Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften ».

Städten Gewerkschaften geschaffen waren. Es lagen 197 Gründungsanträge vor. Aber nur 51 Verbände durften zum ‚zweiten Stadium' übergehen. Noch kein einziger Verband hat das endgültige ‚dritte Stadium' erreicht.

Auch in den letzten drei Monaten ist in der englischen Zone keine nennenswerte Veränderung eingetreten.

Eine ähnliche Lage herrscht auch in der französischen Zone.

Charakteristisch für die Westzonen ist die Zersplitterung der Gewerkschaften und das Fehlen eines einheitlichen Prinzips in ihrem Aufbau. Wie die ‚Berliner Zeitung' meldet, gab es Ende Oktober 1945, als sich die Gewerkschaftsbewegung in Süddeutschland erst zu entfalten begann, in Württemberg und Baden bereits 30 verschiedene Gewerkschaften, in Bayern Ende November 74, darunter auch solche, die Arbeiter aller Berufe auf dem betreffenden Territorium erfassten, ferner reine Zunftverbände. Doch haben die amerikanischen Behörden bis Februar 1946 in Württemberg und Baden nur 8 Gewerkschaften anerkannt und ihnen die Tätigkeit gestattet (um diese Zeit lagen 35 Anträge vor), in Bayern 68 Gewerkschaften (bei 97 Anträgen).

Es muss festgestellt werden, dass die schleppende Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen und ihre Zersplitterung in bedeutendem Masse auf die Schwierigkeiten zurückzuführen sind, denen sie dort begegnen. Die Gewerkschaften werden von den Besatzungsbehörden nicht unterstützt. Die alten Räumlichkeiten der deutschen Gewerkschaften, die die Hitlerfaschisten an sich gerissen hatten, wurden den neugeschaffenen Gewerkschaften nicht zurückgegeben. Erst im Februar 1946 gestatteten die englischen Behörden die Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung in Hamburg. In der amerikanischen und französischen Zone erscheint bis heute keine einzige Gewerkschaftszeitung. In Berlin dagegen erscheint die Gewerkschaftszeitung ‚Die freie Gewerkschaft', die von den sowjetischen Behörden erlaubt wurde, bereits seit Oktober 1945.

Sehr schwierig steht es in Deutschland um das Problem der leitenden Gewerkschaftsfunktionäre. Die alten antifaschistischen Gewerkschaftsfunktionäre sind von den Hitlerfaschisten fast sämtlich hingemordet worden. Man braucht neue, junge Kräfte. Um so eigenartiger erscheint die von den Besatzungsbehörden der französischen Zone erlassene Verfügung, der zufolge Personen unter 30 Jahren nicht in die Gewerkschaftsleitungen gewählt werden dürfen. Dies trägt natürlich in keiner Weise zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen bei.

Die Kommission des Weltgewerkschaftsbundes hat die Bedingungen und den Stand der Gewerkschaftsarbeit in allen Zonen Deutschlands geprüft und ist zu dem Schluss gekommen, dass die Schaffung einer freien Gewerkschaftsbewegung beschleunigt und den Werktätigen mehr Freiheit bei der Durchführung dieser Aufgabe gewährt werden muss. Diese Schlussfolgerung, die einer der

Delegierten, S. Hillman, auf einer Pressekonferenz in Paris zog, betrifft offensichtlich restlos die westlichen Besatzungszonen.

Die Frage der Schaffung eines Gewerkschaftsbundes für ganz Deutschland und einer einheitlichen Leitung wurde bereits am 10. November 1945 auf der Sitzung des Kontrollrats in Berlin behandelt. Der Kontrollrat hat darüber keinen Beschluss gefasst, so dass die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den verschiedenen Zonen noch immer verschiedene Wege geht und sich in verschiedenem Tempo entwickelt.

Bezeichnenderweise erheben manche Leiter der englischen Gewerkschaften Einwände gegen die Vereinigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In diesem Sinne äusserte sich zum Beispiel die Delegation der englischen Gewerkschaften, die im November 1945 Deutschland besuchte. Als die Delegation erfuhr, dass die Gewerkschaftsführer in Düsseldorf (englische Zone) die Schaffung von Einheitsgewerkschaften fordern, versuchte sie in einem besonsonderen Schreiben, den Gewerkschaftern nachzuweisen, dass eine Vereinigung der Gewerkschaften aller Zonen zu nichts gutem führen könne. Sie würden, so phantasierten die Vertreter der britischen Gewerkschaften, wieder strammstehen und Befehle von der Zentralinstanz abwarten müssen, und irgendwann in Zukunft würde irgendeine deutsche Regierung die Bewegung durch Verhaftung der Führer sprengen können.

Die angeführten Gründe wirken, wie man sieht, weniger überzeugend als einschüchternd. Bekanntlich hat ja durchaus nicht die Einheit, die leider nicht vorhanden war, sondern gerade die Spaltung der Arbeiterbewegung, besonders der Gewerkschaften, in Deutschland seinerzeit die Machtergreifung Hitlers begünstigt. »

Wenn wir einleitend gesagt haben, es sei natürlich, dass einem der Balken in des Bruders Auge ganz besonders auffällt, so ist es ebenso natürlich, dass man gegenüber dem Splitter im eigenen Auge — falls man überhaupt einen solchen zugibt — möglichst tolerant ist. Wie dem auch sei, auf alle Fälle wollen wir auch die wichtigsten Stellen des Artikels von Schmeljow über die Verhältnisse in der russischen Zone wiedergeben, und wäre es auch nur deshalb, um zu zeigen, wie unterschiedlich die Organisationsform und die Organisationsmethoden in den beiden Zonen sind und wie sehr dadurch im voraus Schwierigkeiten geschaffen werden im Hinblick auf eine einheitliche Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik in ganz Deutschland.

Ueber die russische Zone schreibt Schmeljow: « Bekanntlich wurde den deutschen Arbeitern und Angestellten durch Befehl Marschall Schukows vom 10. Juni 1945 das Recht zuerkannt, sich in freien Gewerkschaften zu vereinigen. Am 17. Juni 1945 fand in Berlin die erste Massengewerkschaftsversammlung statt. Sie be-

schloss einstimmig einen vom Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss für Gross-Berlin vorgeschlagenen Aufruf.

In diesem Aufruf sowie in den Reden der Arbeiter in der Versammlung wurden zwei Forderungen als die Hauptprinzipien für die Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung erklärt: die Gewerkschaften müssen antifaschistisch und organisatorisch einheitlich sein.

Damals wurden in Berlin siebzehn Gewerkschaftsverbände geschaffen, die sich zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten: die Verbände der Bau-, Chemie-, Transport-, Metall-, Textilarbeiter sowie der Handels- und Büroangestellten, der Landarbeiter, Lehrer, usw. Die Gewerkschaften wurden nach dem Betriebsprinzip — ein Betrieb, ein Verband — geschaffen. Die Gewerkschaften wurden von allem Anfang an als antifaschistische Organisationen aufgebaut. Aufgenommen werden alle Arbeiter und Angestellten ohne Unterschied des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses und der politischen Einstellung. Auch ehemalige Mitglieder der Nazipartei können ihnen beitreten; sie dürfen jedoch keine, auch nicht die untersten Gewerkschaftsfunktionen bekleiden.

Nach dem Vorbild Gross-Berlins entstanden in allen Hauptstädten der Provinzen und Länder der sowjetischen Besatzungszone vorbereitende Gewerkschaftsausschüsse; in den Betrieben und Büros wurde die Schaffung von Gewerkschaftsorganisationen in Angriff genommen. Die Zahl der erfassten Arbeiter und Angestellten stieg rasch und stetig an.

Die Gewerkschaften entfalteten eine umfangreiche Tätigkeit. Sie helfen die Betriebe instandzusetzen und sie auf Friedensproduktion umzustellen. In Berlin wurden binnen sechs Monaten Hunderte von Klein- und Mittelbetrieben, die für den Bedarf der Bevölkerung arbeiten, in Gang gebracht, 730 000 Wohnungen renoviert und für den Winter vorbereitet; der Stadt- und Eisenbahnverkehr ist in bedeutendem Masse wiederhergestellt. In Sachsen, Brandenburg und anderen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone wurde ebenfalls lebhaft am Wiederaufbau gearbeitet.

Die Gewerkschaften haben auch ein System des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung ausgearbeitet; im Zusammenhang mit der Friedensumstellung der Industrie befassten sie sich mit dem Problem der Umschulung der Arbeiter sowie mit Fragen der Frauenarbeit, die auch im Nachkriegsdeutschland stark verbreitet ist.

Grosse Hilfe leisteten die Gewerkschaften auch bei der Durchführung der Bodenreform. Sie besorgten die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte für die Bauern, denen Land zugeteilt wurde.

Die Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands höchst ungleich. Das zeigen sowohl die Zahl der Gewerkschaftsorganisationen als auch die organisatorische Gestaltung der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Zonen.

In der sowjetischen Besatzungszone gab es im April 1946 bereits über 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Von Mitte Dezember 1945 bis zum 11. Februar 1946 wurden hier die Wahlen der Gewerkschaftsleitungen auf breiter demokratischer Grundlage durchgeführt. Im Dezember und in der ersten Januarhälfte wurden in Betrieben und Büros in allgemeinen Mitgliederversammlungen in geheimer Abstimmung Betriebsräte gewählt, ebenso Delegierte zu den Bezirks-, Stadt- und Kreisgewerkschaftskonferenzen. Diese Konferenzen, die vom 13. bis 25. Januar tagten, wählten die entsprechenden Kreis-, Stadt- und Bezirksgewerkschaftsausschüsse und Delegierte zu den Gewerkschaftskonferenzen der Provinzen und Länder der Zone.

Auf diesen Konferenzen, die Ende Januar und Anfang Februar stattfanden, wurden Provinzgewerkschaftsausschüsse gewählt und ausserdem die Delegierten zur ersten Konferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der Sowjetzone, die in Berlin vom 9. bis 11. Februar 1945 tagte. Die Konferenz, an der etwa 1200 Delegierte teilnahmen, legte die weitern Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung fest, nahm die vorläufigen Satzungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes an und wählte seinen Vorstand. Zum 1. Vorsitzenden wurde Hans Jendretzky (vor der Vereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei Kommunist), zum 2. Vorsitzenden Bernhard Göring (vor der Vereinigung der Parteien Sozialdemokrat), zum 3. Vorsitzenden Ernst Lemmer (Mitglied der Christlich-Demokratischen Union) gewählt. Die Leitung wählte aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuss von 13 Mitgliedern.

Obwohl in der Leitung der Einheitsgewerkschaften Mitglieder der verschiedenen demokratischen Parteien vertreten sind, herrscht unter ihnen doch nicht in allen Fragen des Gewerschaftsaufbaus und insbesondere in der Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung volle Einmütigkeit. Die rechten Politiker, vor allem diejenigen aus der Christlich-Demokratischen Union, suchen die Gewerkschaften unter ihren Einfluss zu bringen. Nur zu Tarnungszwecken sind sie für die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von den politischen Parteien und für den Verzicht der Gewerkschaften auf Beteiligung am politischen Leben; sie führen politische Aufträge des reaktionären Lagers aus und versuchen, der Gewerkschaftsarbeit den politischen, antifaschistischen Inhalt zu nehmen. Diese Versuche stossen bei den Arbeitermassen und den fortschrittlichen demokratischen Gewerkschaftern auf energischen Widerstand. »

IV. Späte Erkenntnisse.

Als wir uns schon vor mehr als einem Jahr für eine überlegene Politik gegenüber Deutschland einsetzten, haben wir uns für die sofortige Bestrafung der Hauptschuldigen sowie für Massnahmen ausgesprochen, die einerseits im Interesse der

Weiterexistenz Deutschlands und der Zukunft Europas nötig sind und anderseits das Menschenmögliche vorkehren, um auf alle Fälle eine neue Aufrüstung unmöglich zu machen.

Soweit dabei ein Eingreifen und eine «Politik» der Grossmächte in Frage kommt, haben wir schon damals gesagt, diese Aufgabe müsse «im Interesse von Europa — im wohlverstandenen Interesse von uns allen — europäisch und aufbauend, nicht weltimperialistisch und zerstörend gelöst werden».

Die Veröffentlichung der Rede von Byrnes in Stuttgart hat für gewisse Gegner jeglicher Ordnung in Deutschland und Europa genügt, um festzustellen, dass eben Byrnes rein als amerikanischer Imperialist gesprochen habe. Wir wollen darüber in diesem Zusammenhang nicht zu Gericht sitzen.

> Hingegen möchten wir hervorheben, dass, während die europäischen Grossmächte schmollend oder gar gleichgültig zur Seite stehen, auf alle Fälle die USA durch die Rede Byrnes als erste Grossmacht offen die Karten auf den Tisch gelegt haben und dass die meisten der von Byrnes gemachten Vorschläge an sich richtig erscheinen und auch ohne imperialistische Absichten durchgeführt werden müssten, falls Deutschland wieder leben und ein nützliches Glied Europas werden soll.

Der ausgezeichnete Pressedienst der amerikanischen Gesandtschaft in Bern hat uns Gelegenheit gegeben, die Rede Byrnes' im Wortlaut zu prüfen. Die wichtigsten Stellen scheinen uns so vernünftig, klar und eindeutig, dass wir sie, soweit sie uns für diese Arbeit wichtig erscheinen, zum Schluss wiedergeben möchten:

«Das amerikanische Volk wünscht Frieden. Seit langem redet es nicht mehr von einem harten oder einem milden Frieden für Deutschland. Darum ist es eigentlich nie gegangen. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns harten und von Rache diktierten Massnahmen, die einem wirklichen Frieden entgegenstehen, widersetzen. Wir werden aber auch gegen milde Massnahmen auftreten, die zu einem Friedensbruch anreizen können...»

«Wir in den Vereinigten Staaten haben diesen Problemen viel Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt, da von ihrer sauberen Lösung nicht nur das zukünftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das zukünftige Wohlergehen Europas abhängt. Wir haben erfahren, dass wir, ob wir es angenehm finden oder nicht, in einer Welt leben, in der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, dass Friede und Wohlfahrt unteilbar sind, dass unser Friede und unsere Wohlfahrt nicht auf Kosten des Friedens und der Wohlfahrt irgendeines anderen Landes erkauft werden können...»

«Die amerikanische Regierung hat die Massnahmen zur Entnazifierung und Demilitarisierung Deutschlands unterstützt und wird sie weiterhin unterstützen. Sie glaubt jedoch nicht daran, dass grosse Armeen fremder Soldaten oder Verwaltungsbeamter, auch wenn der Grund noch so ein trifftiger und die Disziplin noch so gut ist, auf lange Sicht die verlässlichsten Hüter der Demokratie eines andern Landes sind...»

«Das von der alliierten Kontrollkommission für Deutschland zugelassene Höchstmass der Produktionstätigkeit sollte geändert werden, wenn Deutschland nicht als Wirtschaftseinheit verwaltet wird, wie es das Potsdamer Abkommen vorsieht und verlangt. In Potsdam wurde grundsätzlich vereinbart, dass das deutsche Kriegspotential im Rahmen eines gemeinsamen Programms der Demilitarisierung und der Reparationen herabgesetzt werden soll durch Zerstörung und Beseitigung seiner Kriegsindustrien sowie durch die Verminderung, bzw. Beseitigung der Anlagen seiner Schwerindustrie. Es bestand die Absicht, diese Politik bis zu einem Punkt zu verfolgen, wo Deutschland über ein Industriepotential verfügt, das es befähigt, ohne auf die Unterstützung anderer europäischer Länder angewiesen zu sein, einen durchschnittlichen europäischen Standard beizubehalten...» «Die Alliierten einigten sich auf dieses Produktionsniveau unter der Voraussetzung, dass die eigenen Hilfsquellen Deutschlands für die Versorgung aller Deutschen auf einer gerechten Grundlage zur Verfügung stehen sollen und dass die für den Gebrauch in Deutschland nicht notwendigen Produkte für den Export zur Verfügung gestellt werden, damit die nötigen Importe bezahlt werden können. Bei der Festlegung des Umfanges der industriellen Produktion Deutschlands ist die Leistung von Reparationen aus der laufenden Produktion nicht vorgesehen worden. Die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion würden mit dem durch das Potsdamer Abkommen festgesetzten Produktionsniveau völlig unvereinbar sein. Selbstverständlich muss ein höheres Produktionsniveau festgelegt werden, wenn die laufende Produktion für Reparationsleistungen verwendet werden soll. Der festgesetzte Produktionsumfang genügt gerade, um dem deutschen Volk die Selbstversorgung und die Aufrechterhaltung eines Lebensstandards zu ermöglichen, der ungefähr den durchschnittlichen Lebensbedingungen in Europa entspricht. Die in dieser Hinsicht niedergelegten Prinzipien bringen für das deutsche Volk ernste Schwierigkeiten mit sich, womit es jedoch nur die Härten teilt, die durch den Angriff der Nazis dem Durchschnittseuropäer auferlegt worden sind. Dem deutschen Volk ist jedoch dabei die Möglichkeit nicht genommen, sein Los im Laufe der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftlicher Fortschritt sind ihm nicht vorenthalten...»

«Dies sind die Prinzipien, die auf dem Gebiet der Reparationen im Potsdamer Abkommen niedergelegt worden sind. Die

Durchführung des Potsdamer Uebereinkommens ist jedoch dadurch beeinträchtigt worden, dass der alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Massnahmen ergriffen hat, um die deutsche Wirtschaft in die Lage zu versetzen, als eine wirtschaftliche Einheit zu funktionieren. Wichtige Zentralen deutscher Verwaltungsabteilungen sind nicht geschaffen worden, obwohl sie gemäss dem Potsdamer Abkommen ausdrücklich vorgesehen sind. Die gerechte Verteilung wichtiger Bedarfsartikel zwischen den verschiedenen Zonen, die eine Voraussetzung ist für eine ausgeglichene Wirtschaft in Deutschland und die Notwendigkeiten des Imports herabsetzen könnte, ist nicht herbeigeführt worden, obwohl auch dies vom Potsdamer Abkommen ausdrücklich vorgesehen worden ist. Die Vereinigten Staaten sind der festen Ueberzeugung, dass Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden sollte und dass die Zonenschranken vollständig beseitigt werden sollten, so weit dabei das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands in Frage kommen. Die zur Zeit in Deutschland bestehenden Lebensbedingungen machen es unmöglich, jenen Stand der wirtschaftlichen Produktion zu erreichen, den die Besetzungsmächte als für das Minimum der deutschen Friedenswirtschaft notwendig erachteten. Wenn das vereinbarte Wirtschaftspotential erreicht wird, so können wir selbstverständlich den freien Austausch von Waren, Personen und Idealen in Deutschland nicht weiterhin einschränken. Die Schranken zwischen den vier Zonen in Deutschland sind weit schwerer zu überwinden als jene zwischen normalen unabhängigen Staaten ... »

« Deutschland benötigt alle Nahrungsmittel, die es selber produzieren kann. Schon vor dem Kriege konnte der deutsche Boden das deutsche Volk nicht ernähren. Das deutsche Territorium ist durch den Krieg verkleinert worden. Anderseits war zum Beispiel die Bevölkerung von Schlesien gezwungen, in diesem verkleinerten Raum Aufnahme zu finden. Die Armeen der Besetzungsmächte und Bevölkerungsverschiebungen erhöhen die Nachfrage, während das Angebot infolge des Mangels an landwirtschaftlichen Maschinen und Düngstoffen zurückgeht. Um die grösstmögliche Herstellung von Nahrungsmitteln und die wirksamste Verwendung und Verteilung derselben zu sichern, sollte eine zentrale Verwaltung für die Landwirtschaft eingeführt werden und ihre Wirksamkeit sofort aufnehmen. Gleicherweise besteht ein dringender Bedarf für die Errichtung einer zentralen deutschen Verwaltung für die Industrie und den Aussenhandel. Deutschland hat sich darauf einzustellen, seine Kohlen- und Stahlproduktion mit den befreiten Ländern Europas zu teilen, die von solchen Lieferungen abhängig sind. Es muss deshalb in die Lage versetzt werden, sein Geschick und seine Energie zur Erhöhung der wirtschaftlichen Produktion einzusetzen und die wirksamste Verwendung seiner Rohstoffe zu organisieren. Es muss Deutschland auch die Möglichkeit gegeben werden, Waren zu exportieren, um jene Importe tätigen zu können, die die Selbsterhaltung seiner Wirtschaft gewährleisten können. Deutschland

ist ein Teil von Europa. Die Erholung Europas und besonders der umliegenden Staaten wird sehr langsam sein, wenn Deutschland mit seinen grossen Hilfskräften an Stahl und Kohle in ein Armenhaus verwandelt wird.»

*

Byrnes behandelte in seiner Rede auch politische Fragen. So setzte er sich für die Bildung einer Art zentralen Regierung, eines « deutschen Nationalrates », ein. Viele Leute, deren Erwägungen durchaus gut gemeint sind, befürchten, dass die Vorschläge in bezug auf eine gewisse politische Selbständigkeit zu früh kommen. Diese Frage ist schwer zu beurteilen. Vielleicht tritt die Gefahr, dass Deutschland rückfällig wird, gerade viel später ein, das heisst zu einem Zeitpunkt, wo die Fortdauer der Besetzung oder die Wiederbesetzung Deutschlands gar nicht mehr in Frage kommen. Heute liegt Deutschland am Boden, und kein Deutscher wird heute ganz vergessen oder übersehen wollen, wer daran schuld ist, nämlich die Nazis. Die neuesten Wahlen, bei denen die Stimmbeteiligung durchschnittlich grösser war als jene in mancher der « ältesten Demokratien », sind durchaus zufriedenstellend. Das Bekenntnis zur Demokratie und die Absage an totalitäre Tendenzen sind eindeutig.

Endlich aber muss vor allem gesagt werden, dass die wichtigste Voraussetzung für die Niederhaltung von Revanchegelüsten, das heisst die Einigkeit unter den Alliierten, wahrscheinlich heute, obwohl diese Einigkeit schon sehr brüchig ist, in höherem Masse vorhanden ist, als sie es in der Zukunft sein wird, denn auf diesem Gebiet geht es leider nicht vorwärts, sondern abwärts. Sollte diese Einigkeit gar ganz verschwinden, so würde jede Besetzung sowieso nichts mehr nützen, abgesehen davon, dass jede Besetzung an sich auf die Dauer für die besetzenden Mächte ausgesprochen demoralisierend ist, während sie im besetzten Land im Sinne der Stärkung der Opposition wirkt.

Eine solche Entwicklung würde mit einem Schlag die Autorität der Sieger über Deutschland beseitigen. Es träte dann wieder eine Gefahr ein, die auch vor dem Kriege bei der Entwicklung des deutschen Militarismus eine grosse Rolle spielte und die nicht aus dem Inland kam, sondern von aussen: Es ist die Gefahr, dass die eine oder die andere Macht aus imperialistischen oder Gründen der Klassensolidarität dem deutschen Militarismus wiederum materiell und finanziell ihre Hilfe angedeihen lässt, wie dies gegenüber dem Nationalsozialismus ja tatsächlich auch der Fall war. In dieser Hinsicht müssen schon heute die nötigen Schlussfolgerungen gezogen werden, weshalb denn auch Byrnes mit Recht sagte: « Wenn wir auch darauf bestehen müssen, dass Deutschland

die Grundsätze des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Menschlichkeit einhält, so wollen wir doch nicht, dass Deutschland der Satellit irgendeiner Macht oder irgendwelcher Mächte wird, wir wollen nicht, dass es unter einer Diktatur lebt, sei es eine eigene oder eine fremde. »

Nun, so weit sind wir heute noch nicht. Im Gegenteil ist es leider so, dass in Deutschland überhaupt nicht regiert wird. Byrnes hat diesbezüglich eine Aeusserung getan, die die ganze missliche Lage auf eine sehr deutliche Formel bringt: « In bezug auf manches lebenswichtige Problem regiert der alliierte Kontrollrat in Deutschland nicht, und er gestattet auch nicht, dass sich Deutschland selber regiert. »

Wenn in dieser Beziehung nicht bald eine Aenderung eintritt, so werden die Folgen unabsehbar sein. Der greise Feldmarschall Smuts, der den Nagel schon so oft auf den Kopf getroffen hat, hat diese Auffassung in seinem letzten Alarmruf bestätigt. Smuts sagte, Deutschland habe schwer gegen die westliche Zivilisation gesündigt. Es habe sich in fast unverzeihlicher Weise vergangen. Eine Wiederholung solcher Agressionen müsse vermieden werden. Dabei sei aber auch darüber zu wachen, dass zu fällende Strafen nicht eine neue Gefahr für die Zukunft Europas heraufbeschwören. In Deutschland müsse eine gewisse Hoffnung auf ein besseres Leben vorhanden sein. Die Lage in Deutschland und den Nachbarländern sei schlimm, und wenn man noch eine weitere Verschlechterung zulasse, dann werde man sehr bald vor einer sehr ernsten Situation stehen. Die Militärmacht Deutschlands müsse ein für alle Male gebrochen werden; aber sie bilde nicht die einzige Gefahr. Die Zukunft werde noch düsterer aussehen, wenn man es Mitteleuropa gestatten würde, in wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu versinken, die den Keim des Unheils in sich trügen. Europa würde dann einen Ansteckungsherd darstellen, der die ganze Welt vergiften könnte. Man dürfe den Deutschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht nehmen, sonst würde man in Mitteleuropa ein Vakuum schaffen, das ausserordentlich gefährlich werden könnte.

Churchill ist noch ein Schritt weiter gegangen und hat in seiner Rede in Zürich ausser dem schon von Gladstone empfohlenen « gesegneten Akt des Vergessens » als ersten Schritt zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland verlangt. Die Welt hat darauf sauer reagiert und sich an den Churchill nach dem ersten Weltkrieg erinnert, den grossen Initiator und Befürworter des damaligen « Kreuzzuges » gegen die Sowjetunion: zusammen mit Foch und andern Unentwegten. Die Angst vor dem Bolschewismus war damals so gross, dass Churchill das Wort prägte: « Es ist nicht länger Deutschlands Stärke, sondern seine Schwäche, was wir fürchten müssen. » Sogar Lloyd

George, der gegenüber Sowjetrussland viel versöhnlicher gestimmt war, sah bisweilen rote Gespenster. Er sagte damals Worte, die viele Leute erst heute aktuell finden: « Die grösste Gefahr der gegenwärtigen Lage sehe ich darin, dass Deutschland sich dem Bolschewismus zuwenden und seine Hilfsquellen, seine Köpfe, seine ungeheure Organisationskraft den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte, deren Traum es ist, die Welt dem Bolschewismus mit Waffengewalt zu erobern. Diese Gefahr ist kein blosses Hirngespinst ... Geht Deutschland zu den Spartakisten über, so ist es unvermeidlich, dass es sein Gewicht in die Waagschale der russischen Bolschewisten wirft. Ist dies einmal gechehen, so wird ganz Osteuropa in den Wirbelsturm der Bolschewistenrevolution hineingerissen, und in einem Jahre könnten wir Zeuge des Schauspiels werden, dass nahezu dreihundert Millionen Menschen, organisiert zu einer ungeheuren Roten Armee unter deutschen Instruktoren und deutschen Generalen, ausgerüstet mit deutschen Geschützen und deutschen Maschinengewehren, zu erneutem Angriff auf Westeuropa bereitstehen. »

Wehmütig stellte damals Churchill fest, dass « die Rote Armee in ihrer Spur folgte, als die zugleich gehassten und gefürchteten deutschen Stahlhelmer rasch die Städte und Orte Südrusslands verliessen ».

Heute geht die « Spur » noch ein bisschen weiter. Die russische Besetzungszone reicht bis tief nach Deutschland hinein. Darf wohl deshalb ein gewöhnlicher Sterblicher und ein Mensch guten Willens nicht mehr über Europa reden? Wir geben zu, dass Churchill « vorbelastet » ist. Was er sagt, ist jedoch, falls es nicht im Sinne einer Aggression und des Krieges, sondern im Sinne der Bekundung der besten Traditionen abendländischen Wesens gemeint ist, trotzdem richtig.

> Darf man sich nicht mehr für Europa einsetzen, ohne in den Verdacht zu kommen, für die Blockbildung zu sein? Block oder Nichtblock, auf alle Fälle stehen sich, wie ja auch Stalin zugegeben hat, zwei Weltanschauungen und zwei Experimente gegenüber: das planwirtschaftlich östliche und das liberaldemokratische westliche Experiment. Wer dies nicht anerkennt, leistet seinem Ideal, gleichviel, ob es das eine oder das andere Ideal ist, einen schlechten Dienst! Jeder soll sein Ideal offen anerkennen und dazu den Willen gesellen, ohne Krieg — der ja doch nie ein Problem löst — seine « gute Sache » unter Beweis zu stellen. Es soll ein edler Wetteifer, nicht ein Wettbewerb in der Zerstörung, sondern ein politischer, wirtschaftflicher und kultureller Leistungswettbewerb, der allen zugute kommen kann, sein!

Den nunmehr in Deutschland durchgeführten Wahlen zufolge darf dabei Deutschland sicherlich zur westlichen Zone gerechnet

werden. Wäre dem nicht so, so würde es in diesem edlen Wettbewerb um die Aussichten des westlichen demokratischen Ideals sehr schlecht bestellt sein! Wir würden dann sozusagen nur noch von « demokratischen Küstenstrichen » zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer sprechen können. Churchill hat an sich durchaus recht, wenn er im Sinne der im ersten Kapitel aufgezeigten Konzeption Huizingas sagt, dass es « ohne ein geistig grosses Frankreich und ein geistig grosses Deutschland kein Wiederaufleben Europas gebe ». Dies war vor dem Kriege auch die anerkannte und ausgesprochene Meinung der organisierten Arbeiterschaft seit Jahrzehnten. Jene, die das nicht wahr haben wollen, haben das Recht verwirkt, das Wort Europa in den Mund zu nehmen. Diese Leute sind die eigentlichen Pessimisten. Ihre Gegnerschaft gegen Deutschland und der Verdacht, den sie gegen jeden ausstreuen, der von Europa noch retten will, was noch zu retten ist, beweisen, dass gerade sie im Grunde genommen Europa bereits aufgegeben haben. Verlieren wir unsere Zeit nicht damit, abwechslungsweise mit Kriegs- und Friedensgerüchten Nervenkrieg zu spielen, spannen wir nicht abwechslungsweise Stalin und die Russen oder Byrnes und Wallace — beides gute Amerikaner und keine Sozialisten! — vor unsern Wagen, sondern ziehen wir ihn unter Berücksichtigung aller guten Ratschläge von nah und fern vor allem selber! Dann dürfen wir uns auch unter der Zubilligung, dass wir es in bester Absicht tun, zu Europa bekennen oder zu dem, was noch davon übrig geblieben ist.

Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften

Von Fritz Tarnow.

Das traurige Schicksal der Weimarer Republik und damit das Aufkommen der Nazi ist in hohem Masse mit bedingt gewesen durch das falsche Verhalten der Siegermächte des ersten Weltkrieges: Man hat damals von allem Anfang an zu wenig die fortschrittlichen und sozial aufgeschlossenen Kräfte der Arbeiterschaft eingespannt und gefördert. Man hat sich bis zum zweiten Weltkrieg viel mehr auf jene kapitalistischen und reaktionären Kreise verlassen und auf sie abgestellt, die dann unter allerlei Namen und zuletzt unter dem Namen der Nazi zu den Totengräbern des deutschen Volkes geworden sind.

Wird es diesmal anders sein? Auch diesmal wird die Lösung des « deutschen Problems », ohne das es keine Lösung des europäischen Problems gibt, davon abhängen, ob sich die Besetzungsmächte auf die Kräfte der Werktätigen stützen und sie fördern, denn sie allein können eine Garantie dafür sein, dass Deutschland, das man nicht aus der Landkarte ausradieren kann, ohne Gefahr in den europäischen und den Weltwirtschaftsraum eingegliedert wird.